



Im Gespräch: **Zeitzeugen der Friedensbewegung**

Die Mannheimer Friedensbewegung begann am 9. September 2003 mit einer neuen Veranstaltungsreihe: „Zeitzeugen im Gespräch“. Wir laden im Rahmen dieser Reihe Aktivisten der Friedensbewegung zu einem Gespräch ins Friedensbüro ein. Sie können als Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Friedensaktionen sehr persönlich und sehr authentisch über die Diskussionen und Aktivitäten der Friedensbewegung der früheren Jahre berichten.

Die heutige Friedensbewegung entstand in den Fünfzigerjahren als Deutschland noch unter den furchtbaren Folgen des Zweiten Weltkrieges litt. Auf große Ablehnung stieß das Angebot Konrad Adenauers an die USA, deutsche Truppen zu rekrutieren und den USA zur Verfügung zu stellen. Aus den Arbeiterparteien SPD und KPD, Überlebenden der Konzentrationslager, aus den Gewerkschaften, Jugendorganisationen und Kirchen entstand organisierter Widerstand gegen die deutsche Wieder- und Atombewaffnung. Die Adenauer-Regierung reagierte brutal: FDJ und KPD sowie andere Organisationen, die für die deutsche Einheit (!) und den Frieden eintraten, wurden verboten und verfolgt. Haftstrafen bis zu fünf Jahren Zuchthaus wurden verhängt. Vielen ist diese Vorgeschichte nicht oder nur in der verfälschenden offiziellen Berichterstattung bekannt.

Ulrich Stroheker (DKP), Jahrgang 1928, hat sich schon Ende 1945 der demokratischen Jugendbewegung angeschlossen und seither im Rahmen der Friedensbewegung gearbeitet.

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

in der praktischen Friedensarbeit stellen wir immer häufiger fest, dass die Erfahrungen und geschichtlichen Kenntnisse recht unterschiedlich sind. Vieles was wir Älteren als selbstverständliches Wissen in der Politik voraussetzen, können die jüngeren Freunde gar nicht mehr wissen, weil es ihnen niemand vermittelt hat. Weder die Schule noch die Presse sind bemüht, ein objektives Bild unserer eigenen jüngeren Geschichte zu vermitteln. Und selbst bei uns Älteren ist vieles an Erfahrungen verloren gegangen. Deshalb hat mich das Friedensplenum gebeten einmal über meine Erfahrungen in der Arbeiter- und Friedensbewegung seit 1946 zu berichten.

Frau Dr. Hannelis Schulte, die ich seit nunmehr 40 Jahren kenne, und die ich hoch schätze, hat 1999 bei einer Veranstaltung des Friedensplenums schon über ihre Erfahrungen in der Friedensbewegung gesprochen. Als Theologin hat sie verständlicherweise die

Entwicklung aus ihrer Sicht als Christin dargelegt. Ich möchte heute versuchen, ohne Hannelis in die Quere zu kommen, das Ringen um die Erhaltung des Friedens, den Kampf gegen Remilitarisierung und Krieg aus der Perspektive der Arbeiterbewegung und der Kommunisten zu schildern. Ich werde mich dabei weitgehend auf persönliche Erlebnisse und Erfahrungen beschränken.



Es ist schwierig das Klima in der Bevölkerung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu beschreiben, denn unsere eigene Erinnerung und Einschätzung hat sich natürlich auch in den fast sechs Jahrzehnten verändert. Ich glaube, die damalige politische Situation und meine persönlichen Erfahrung lassen sich am besten wiedergeben, wenn ich aus meiner für den Prozess vor der 1. Großen Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts 1957 ausgearbeitete Erwide-

rung wörtlich zitiere. Die Staatsanwaltschaft hatte mich

angeklagt: „Ulrich Stroheker ... habe vom Sommer 1951 bis Mai 1956 zu Stuttgart und an anderen Orten des Bundesgebietes durch eine und dieselbe fortgesetzte Handlung

- a) die Bestrebungen einer Vereinigung, deren Zwecke und Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten als Rädelsführer gefördert,
- b) an einer Verbindung, deren Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheimgehalten werden soll, als Vorsteher der Verbindung teilgenommen,
- c) an einer Vereinigung, deren Zweck und deren Tätigkeit darauf gerichtet ist, strafbare Handlungen zu begehen, als Rädelsführer sich beteiligt, indem er auch nach dem Verbot der FDJ durch den Erlass der Bundesregierung vom 26.6.1951 noch als leitender hauptamtlicher Funktionär für diese gegen die verfassungsmäßige Ordnung und die Strafgesetze sich richtenden Geheimorganisation tätig und insbesondere unter dem Deckname Uli im Landessekretariat Baden-Württemberg als 1. Landessekretär von 1952 bis etwa Juni 1953 und in den Jahren 55, 56 in Bayern als 2. Landessekretär (Bezirkssekretär von Nordbayern) eingesetzt war.“

Jetzt aus meinem Manuskript : „... Ich genoss eine gut bürgerliche Erziehung und konnte mir in diesen Jahren nicht vorstellen, dass die große Mehrheit der Menschen nicht in relativem Wohlstand, sozialer Sicherheit und mit solchen kulturellen Bildungsmöglichkeiten lebte.

Mit zehn Jahren wurde ich Mitglied im Jungvolk und war auch bis Kriegsende, soweit man das in diesem Alter sagen kann, von der Richtigkeit des dort Gehörten überzeugt, denn obwohl ich von zu Hause nicht gerade zum „Nationalsozialisten“ erzogen wurde, wurde auch nichts getan, mich über die wahren Verhältnisse im Dritten Reich aufzuklären.

Mit 15 Jahren wurde ich am 10.1.1944 zur Heimatflak eingezogen und war als Luftwaffenhelfer in Ulm und Freudenstadt, als Richtkanonier und später als Geschützführer eingesetzt. In dieser Zeit begann ich zum ersten Mal tiefer über die Verhältnisse in Deutschland, über den Krieg usw. nachzudenken. Mehrmals musste ich erleben, wie gleichaltrige Kameraden durch Unfälle oder durch Beschuss von Fliegern verwundet wurden oder sterben mussten...

Im Frühjahr 1945 wurde ich zur Infanterie eingezogen und gleich vielen anderen 15- und 16-jährigen Jugendlichen an die Front geworfen und geriet in Oberbayern in amerikanische Gefangenschaft, aus der ich Anfang August 1945 entlassen wurde.

Der Krieg und die Gefangenschaft haben mich, wenn ich auch noch nicht alle Zusammenhänge erkennen konnte, doch aus eigener Erfahrung den deutschen Militarismus und die Hitler-Offiziere lassen gelehrt. Es waren dieselben Offiziere, die uns z.B. in Freudenstadt mitten im Winter aus etwa 4 Meter Höhe in einen mit Eiswasser gefüllten Graben zu springen befahlen, zur „Strafe“ dafür, dass es uns bei einem Angriff nicht gelungen war, feindliche Flugzeuge abzuschießen...

Ich musste erleben, wie bei Leipheim 15-jährige Kinder wegen Fahnenflucht aufgehängt wurden, wie ein größt-wahnsinniger Ritterkreuzträger einer Geschützbesatzung von 14-jährigen Flakhelfern befahl, am Autobahnende bei Ulm mit einem 3,7 cm-Flakgeschütz hunderte Panzer aufzuhalten. Von den Jungen kam keiner mit dem Leben davon...

Es ist verständlich, dass ich nach den vielen grässlichen Eindrücken der Kriegsjahre ich mich nicht mehr auf die Schulbank setzen wollte, sondern wie viele andere den Wunsch hatte, durch meine Arbeit einen kleinen Teil zum Wiederaufbau meiner zerstörten Heimat Ulm beizutragen. So begann ich gleich nach meiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft eine Maurerlehre.

Gleich vielen Gleichaltrigen suchte ich die Hintergründe und Zusammenhänge des Krieges und seiner Urheber zu erfahren. So besuchte ich Vorträge verschiedener Parteien, die zum damaligen Zeitpunkt gerade im Entstehen begriffen waren. ... Im Frühjahr 1946 besuchte ich, mehr aus Neugierde die Gründungsversammlung des „Schwäbischen Jugendbundes“ ... Wenn ich auch mit Vielem nicht einverstanden war, so hat mich doch sofort der Grundgedanke dieser Vereinigung beeindruckt, dass sich alle jungen Menschen, ganz gleich, welcher politischen oder religiösen Auffassung sie auch seien, zusammenschließen, um ihre gemeinsamen Interessen gemeinsam zu vertreten...

Es waren wohl vor allem drei Ursachen, die mich den Weg einschlagen ließen, den ich seit 1945 gegangen bin und der mich, was vor 10 Jahren wohl niemand geglaubt hätte, ins Gefängnis und vor dieses Gericht geführt hat.

Durch meine Arbeit auf dem Bau lernte ich das Leben der arbeitenden Menschen kennen. Ich sah, wie sie trotz mühevoller Arbeit in ständiger Unsicherheit und Not leben und wie sehr das Geschwätz von der Gleichheit der Menschen in der kapitalistischen Ordnung eine leere Phrase geblieben ist. Dazu kam noch, dass zum damaligen Zeitpunkt viele ehemalige Nazi-Offiziere und Nazi-Funktionäre auf dem Bau arbeiteten. In dieser Situation war ihre ganze Überlegenheit wie weggeblasen, und man konnte deutlich spüren, wie jeder einfache Bauarbeiter ihnen menschlich und moralisch überlegen war. Den zweiten Anlass, dass ich mich der Jugend- und Arbeiterbewegung angeschlossen habe, sehe ich darin, dass ich damals mit wahren Heißhunger viele sozialkritische Bücher verschlang. Noch heute sind mir viele Werke von Upton Sinclair, I.A. Chronin, Hemingway, Jack London und viele andere in Erinnerung. Sie zeigten mir vor allem, dass diese Klassenunterschiede und Klassengegensätze nicht nur in meiner kleinen Welt, sondern überall auftreten und dass überall die ehrlichen Menschen auf Seiten der Unterdrückten kämpfen.

Der dritte und vielleicht entscheidende Anlass war, dass ich in diesen ersten Monaten und Jahren nach dem Krieg sehr viele junge und ältere Menschen, Christen, Kommunisten und Sozialisten, die unter Einsatz ihres Lebens gegen das dritte Reich gekämpft haben, kennen lernte. Un

vergessen werden mir die Erzählungen von Teilnehmern der Aktionen der Jugend gegen das Dritte Reich unter der Leitung von Fritz Brütsch in Stuttgart, und vieler anderer Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes bleiben ...

Im März 1946 wurde ich in den Schwäbischen Jugendbund in Ulm aufgenommen und bald darauf zum 2. Vorsitzenden gewählt... Im Juni desselben Jahres nahm ich als Gast am 1. Parlament der Freien Deutschen Jugend in Brandenburg teil. Die dort beschlossenen vier Grundrechte der jungen Generation, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf Erholung und das Recht auf Freude und Frohsinn entsprachen auch unseren Forderungen und Wünschen.... Im Herbst 1946 beschloss unsere Gruppe mit großer Mehrheit sich dem Landesverband der Schwäbischen Volksjugend in Württemberg anzuschließen.

Unsere Organisation war von den anderen Jugendorganisationen und den Behörden anerkannt und genoss jede Unterstützung... Im Stadtjugendausschuss in Ulm, in dem ich von 1946 bis 1948 Mitglied war, waren wir eine der aktivsten Jugendgruppen. So ist es verständlich, dass ich mich bemühte, mich neben meiner beruflichen Entwicklung selbst weiterzubilden, und mir eine Weltanschauung zu erarbeiten, die mir für meine Tätigkeit Hilfe und Richtschnur ist. Diese Weltanschauung fand ich im historischen und dialektischen Materialismus... Ich möchte hier nur feststellen, dass ich sowohl in meiner damaligen Gruppenarbeit wie in den Monaten im Gefängnis und bei meiner heutigen Arbeit gespürt habe, wie richtig diese Weltanschauung ist, und dass sie uns den einzigen Weg zeigt, die Lage der Jugend und der Arbeiterklasse überhaupt grundlegend zu verbessern.

1949 nahm ich das Studium an der Staatsbauschule in Stuttgart auf. Ich wurde im ersten Semester zum Klassensprecher und damit in den Studentenausschuss gewählt. Bei der Neuwahl des Studentenausschusses kandidierte ich zum ersten Vorsitzenden. Obgleich die Clique der ehemaligen Hitleroffiziere mit meiner Tätigkeit als FDJ-Funktionär Propaganda gegen mich machen wollte, erhielt ich bei der Wahl die zweitgrößte Stimmenzahl... Als ich in der „Volksstimme“, der Zeitung der KPD, gegen die Kürzung von Stipendien Stellung genommen habe, nahmen dies die Burschenschaften zum Anlass, um mich wegen „unakademischem Verhalten“ aus dem Studentenausschuss auszuschließen. Dabei hatten sie nach alter Nazimaniere ganz übersehen, dass ich ja demokratisch von meiner Klasse und nicht von ihnen gewählt war. Darauf beschloss der Studentenausschuss solange nicht zusammen zu treten, wie ich an seinen Sitzungen teilnehme. Im Dezember 1949 habe ich daraufhin mein Studium an der Staatsbauschule abgebrochen, aus Protest gegen derart undemokratische Maßnahmen.

Im Frühjahr 1950 wurde ich ins Sekretariat der Landesleitung der FDJ gewählt. Zum damaligen Zeitpunkt stand schon im Mittelpunkt unserer Arbeit der Kampf gegen die Rekrutierung der westdeutschen Jugend. Unsere Organi-

sation war ständig bemüht, in Zusammenarbeit mit anderen Jugendorganisationen, dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegenzuwirken. Obwohl dieser Kampf gegen den Missbrauch der Jugend als Söldner fremder Interessen von Anfang an einen der Hauptgrundsätze unseres Verbandes darstellte, setzte von diesem Zeitpunkt an die Verfolgung unserer Organisation durch zahlreiche Behörden und Polizeiorgane ein. Daraus geht klar hervor, dass nicht die Freie Deutsche Jugend ihre Ziele geändert hat, sondern dass die Bundesregierung unter der Leitung Dr. Adenauers bestrebt war und ist, alle die Kräfte, wenn es sein muss mit Gewalt, auszuschalten, die sich der Remilitarisierung und neuen Kriegsvorbereitungen entgegenstellen. Es fällt also nicht schwer, die Frage zu beantworten, wer tatsächlich den Boden der Verfassung verlassen hat. (Im Grundgesetz stand damals kein Wort von der Aufstellung einer westdeutschen Armee und von Wehrpflicht.) Diese Verfolgung durch die Bundesregierung setzte vor allem vor und nach dem Deutschlandtreffen 1950 ein, als zehntausende junger Menschen aus Ost- und Westdeutschland gelobten, alles für die Einheit Deutschlands zu tun und sich nicht gegeneinander aufhetzen zu lassen. So wurde bei der Rückfahrt der Sonderzug, den uns die Bundesbahn für die Rückfahrt von Offleben aus nach Stuttgart zur Verfügung gestellt hat, nachts auf dem Würzburger Bahnhof festgehalten. Daraufhin wurden lastwagenweise aus einem von Amerikanern unterhaltenen Lager irgendwelche Banditen (heute würde ich sagen, es war der Labor-Service) herbei gebracht, die versuchten, die Teilnehmer am Deutschlandtreffen zu provozieren...

Je größer die Ablehnung der Rekrutierung unter der Jugend wurde, desto mehr wuchs auch die Zahl der Mitglieder der Freien Deutschen Jugend und ihr Einfluss. So war es nicht verwunderlich, dass die Bonner Machthaber nun immer brutaler gegen die Freie Deutsche Jugend vorgingen. Man kann mir nicht übel nehmen, wenn ich die Phrasen von Freiheit und Demokratie in Westdeutschland, die Legende vom „Rechtsstaat“ nicht für voll nehmen kann, seit ich z.B. in Esslingen, aber vor allem in Dinslaken erlebte wie hunderte von Polizisten mit Lastkraftwagen in die Reihen friedlicher Jugendlicher führen und auf Befehl ihrer Offiziere wahllos auf Jugendliche und mit besonderem sadistischen Vergnügen auf Mädchen einschlugen. Hier müsste meiner Auffassung nach die Justiz eingreifen, anstatt sich mit der massenhaften Aburteilung junger Friedensfreunde zu beschäftigen.

Als in der Vorbereitung der 3. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin zehntausende junger Menschen für das Festival gewonnen wurden, bestand für die Vertreter des Kalten Krieges die akute Gefahr, dass diese zu Zeugen für die Wahrheit und Verhältnisse in der DDR werden.... Aus diesem Grunde hat meiner Ansicht nach im Juni 1951 die Bundesregierung ohne jedes juristische Urteil, die Freie Deutsche Jugend verboten....

Es muss deshalb jedem klar sein, dass das Verbot der Bundesregierung von mir, meiner ganzen Überzeugung

und Entwicklung nach, nicht anerkannt werden konnte. Es müsste doch allen aus dem „Dritten Reich“ eine Lehre sein, dass eine Situation, wo die Demokratie durch die Herrschaft einer kleinen Clique gefährdet wird, für jeden Demokraten nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht zum Widerstand gegen die von der Staatsmacht missbrauchte Gewalt entsteht. Ich halte daher die Verfahren gegen die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend für nicht rechtmäßig, weil sie gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verstoßen.

Aus diesem Grunde mache ich vor diesem Gericht auch keinerlei nähere Angaben über die Zeit seit dem Verbot der FDJ. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bevölkerung Deutschlands dem Recht zum Durchbruch verhelphen wird und ich möchte mich nicht durch eine „Mitarbeit“ an diesem Verfahren des Rechtsbruchs schuldig machen. Wie selbst die Justizbehörden sich über die Fragwürdigkeit des Verfahrens klar sind, möchte ich an einigen Beispielen zeigen. So hat man mich nach meiner Verhaftung zusammen mit kriminellen Häftlingen in einer Zelle untergebracht. Das Studium einer objektiven Zeitung hat man mir untersagt, es handelt sich um die „Volksstimme“ und „Das freie Volk“, obwohl diese Zeitungen damals völlig legal waren. Auch die teilweise Beschlagnahme von persönlichen Briefen an mich oder die „Einschwärzung“ ganzer Passagen zeigen doch diese Unsicherheit...

Wenn ich wegen meiner Arbeit in der Freien Deutschen Jugend heute vor diesem Gericht stehe, so möchte ich dazu zusammenfassend bemerken: Seit 1946 war die Verbesserung der Lage der Jugend, die Verhinderung der Rekrutierung und ein glückliches Leben der jungen Generation mein oberstes Ziel. Meine Arbeit hat nie die Basis unserer Verfassung verlassen und auch in der Anklageschrift ist kein einziger Fall aufgeführt, nach dem ich mich gegen diese Verfassung vergangen hätte.“

Soweit der „Originaltext“ von vor 45 Jahren!

Am 13. September wurde der Haftbefehl „ausgesetzt“, ich wurde entlassen und musste mich zwei mal wöchentlich bei der Polizei melden. Der Haftbefehl gegen mich wurde erst 1957 aufgehoben. Ich wohnte dann in Brühl und arbeitete bis Weihnachten auf dem Bau, ab 1957 arbeitete ich bei der Firma Esch & Co als Heizungstechniker.

Ich habe nie einen Prozess gehabt. Die Anklageschrift war buchstäblich aus anderen Dokumenten zusammengeklebt. Es waren zwei Verhandlungstermine festgesetzt. Vor dem zweiten erhielt ich eine eigenartige Mitteilung. Landgerichtsrat Dr. Neumeier hat dem Gericht „von einem Verhältnis Mitteilung gemacht, das seine Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit rechtfertigen könnte. Er ist daher von der Ausübung des Richteramtes ausgeschlossen...“ Was wir erst später erfahren haben: Neumeier stand in einem Braunbuch der DDR über ehemalige Nazirichter.

Liebe Freunde, ich habe deshalb so ausführlich aus dem damaligen Manuskript zitiert, weil es die damalige Stim-

mung und Situation widerspiegelt. Bis 1957 wurde also mit allen Mitteln die Aufstellung einer westdeutschen Armee und ihre Einbindung in die NATO gegen den Widerstand eines großen Teils der Bevölkerung, vor allem der Jugend, durchgesetzt. Es ist kein Zufall, dass das Verbot der FDJ und 1956 das Verbot der KPD deshalb verhängt wurden, weil wir den konsequentesten Widerstand gegen diese Entwicklung geleistet haben. Ich möchte daran erinnern, dass im selben Jahr die ersten Rekruten zur Bundeswehr eingezogen wurden.

Von 1950 bis 1968 sind in Westdeutschland Einhundertfünfzigtausend bis Zweihunderttausend Ermittlungsverfahren gegen Kommunisten und vermeintliche Kommunisten eingeleitet und geführt worden, (Polizeiliche und geheimdienstliche Ermittlungen nicht mitgerechnet) die zu etwa sieben bis zehntausend Verurteilungen geführt haben. Ein großer Teil der Richter war nahtlos und ohne jede Entnazifizierung nach 1945 wieder in den Justizdienst übernommen worden. Das herausragende Beispiel war die Rolle Globkes, der als Nazijurist zum Berater Adenauers avanciert ist. Die Denkweise vieler Juristen wird im Urteil des Lüneburger Landgerichts gegen Herta Dürrbeck deutlich, in dem es heißt: Sie habe „trotz schwerer Bestrafung im dritten Reich nichts gelernt.“

Zwei persönliche Erlebnisse aus meiner Haftzeit: Ein Justizwachmeister in der Urbanstraße, der schon vor 1945 dabei war, (das Gefängnis ist inzwischen abgerissen und nichts erinnert mehr an die üble Rolle während des Faschismus) zeigte mir die Stelle an der vor 60 Jahren das Schafott stand auf dem u.a. die Lechleitergruppe nach den Todesurteilen in Mannheim hingerichtet wurde.

Typisch war auch die Auskunft eines Gefängnisbeamten, bei einem Besuch von meiner Frau Gisela im Gefängnis, auf ihren Protest dagegen, dass ich mit Kriminellen in einer Zelle saß, dass heute ja nicht mehr wie im Dritten Reich die politischen Häftlinge benachteiligt würden, sie würden genauso behandelt wie die Kriminellen. Er brüstete sich geradezu mit dieser Tatsache.

Bei dem mit dem „Blitzgesetz“ am 9. und 11. Juli 1951 eingeführten „Staatsschutzrecht“ handelte es sich um ein sogenanntes „Präventivrecht“, das neben der Ausschaltung von Widerstand Leistenden, vor allem, und recht wirksam, zur Einschüchterung des politischen Gegners diente. Sonst erlaubte Formen der politischen Betätigung wurden dann zur Straftat, wenn sie in der Absicht unternommen werden, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu untergraben (z.B. die Kandidatur zum Betriebsrat). Das Gesetz war von Ministerialrat Schafheutle vorbereitet worden, der in der Nazizeit an den Nürnberger Rassegesetzen mitgearbeitet hat. Es hat seinen Namen, weil es unter Missachtung der vorgeschriebenen Termine im Bundestag im Hau-Ruck-Verfahren durchgesetzt wurde. Der frühere Verfassungsrichter Alexander von Brüneck sagte in den siebziger Jahren wörtlich dazu: „Durch die Kriminalisierung und Illegalisierung wurden die Kommunisten aus dem normalen Zusammenhang der politischen Auseinandersetzung ausgeschlossen.“ Jupp

Angenfort, der Vorsitzende der FDJ, wurde 1955 unter Bruch seiner Immunität als Landtagsabgeordneter zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ich möchte als Beispiel in diesem Zusammenhang den Prozess gegen Gisela 1957 vor dem Landgericht in Düsseldorf anführen, mit vier Verhandlungstagen über eine ganze Woche verteilt und mit 15 geladenen Zeugen, wegen der Beschuldigung, mit 16 Jahren ein Flugblatt abgezogen zu haben. Das Verfahren endete mit Einstellung zu Lasten der Staatskasse und der Ermahnung „es nicht wieder zu tun“.

Was uns heute fast amüsant erscheint, wirkte damals in seiner Vielzahl natürlich abschreckend und bedrohlich, denn allein die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens galt als Kündigungsgrund, selbst wenn der Betroffene freigesprochen wurde. Dazu kam, dass die Betriebe jenseits aller Legalität von den Verfassungsschutzbehörden über die Parteizugehörigkeit und Reisen in die DDR von Betroffenen informiert wurden; leider auch teilweise durch Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Bei der Haftentlassung wurde in vielen Fällen ein Verbot politischer Betätigung ausgesprochen. 1956 hat sich die FDJ Westdeutschlands aufgelöst. Ich wurde also erst verhaftet, als es die FDJ-Westdeutschland gar nicht mehr gab.

Einer der Höhepunkte der Auseinandersetzung mit der Remilitarisierung war die „Friedenskarawane“ am 11. Mai 1952 in Essen. Aufgerufen hatte ein Bündnis unter Leitung von Pfarrer Mochalski aus Darmstadt. Über 30.000 Jugendliche kamen nach Essen. Zu einem Zeitpunkt, als wir schon unterwegs zu dieser Veranstaltung waren, wurde sie verboten. Ein ungeheueres Polizeiaufgebot versuchte uns auseinander zu treiben. Dabei schoss die Polizei gezielt auf Demonstranten. Philipp Müller aus München wurde erschossen, weitere Teilnehmer schwer verletzt. Die Presse hat sich die ersten zwei Tage an die Anordnung der Polizeibehörden gehalten, dass die Demonstranten das Feuer eröffnet hätten, dann wurde doch publik, dass nur die Polizei geschossen hat. Anders ist auch nicht zu erklären, dass alle Verletzten in den Rücken geschossen wurden. Das damalige Klima spiegelt sich wieder in der Tatsache, dass lediglich Demonstranten verurteilt wurden, die Polizisten aber freigesprochen und sogar für ihren „mutigen Einsatz“ belobigt wurden.

Häufig werden wir „Alten“ gerade jetzt nach dem Irakkrieg gefragt, wie die Situation in Deutschland nach der Besetzung durch die Alliierten war. Am Anfang stand eine allgemeine Erleichterung über das Kriegsende, das Zusammensuchen der Familien, das Überleben, die Beschaffung von Lebensmitteln und Wohnungen in den größtenteils zerstörten Städten. Ulm glich einer Mondlandschaft mit Münster. Es waren zu viele, die sich auf den Nazi-Staat eingelassen hatten, die ihre ganze „heldenhafte“, Geschichte infrage gestellt sahen, oder die unmittelbar schuldig waren. Sie wollten oder konnten sich nicht kritisch mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen.

Die aktiven Widerstandskämpfer hatten sich schon in den ersten Monaten teilweise in antifaschistischen Arbeitsausschüssen zusammen gefunden, die aber wohl noch im Jahr

1945 von den US-Behörden verboten wurden. Die sogenannte Entnazifizierung war meistens nur eine Formsache. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen fand nicht statt. Selbst die Hauptkriegsverbrecher, die zum Teil in Nürnberg verurteilt wurden, und selbst zum Tode verurteilte Wehrmachtsgeneräle wurden nach wenigen Jahren freigelassen, weil dies von den die Bundeswehr aufbauenden Generalen gefordert wurde. Eisenhower hat sogar am 22. Juni 1951 eine „Ehrenerklärung“ für die deutschen Soldaten abgegeben.

Es herrschte eine große Bereitschaft zum aktiven Wiederaufbau in der Bevölkerung, obwohl die Lebensverhältnisse teilweise noch katastrophal waren und in den ersten Jahren zu gewaltigen Hungerdemonstrationen, z.B. in Stuttgart, geführt haben. Ich glaube die Stimmung wird in dem Jugendlied, das wir damals gesungen haben, richtig zum Ausdruck gebracht: *„Das neue Leben, muss anders werden als dieses Leben als diese Zeit, da darf's kein Hungern, kein Elend geben, packt alle an, dann ist es bald soweit...“* Aber ich glaube, es ist ein Irrtum zu meinen, dass der Wunsch nach sozialistischen Veränderungen von einem Großteil - auch nur der Arbeiterschaft - vertreten wurde. Das war wohl auch nicht zu erwarten, da viele Menschen aus der Generation, die noch bis 33 für sozialistischen Veränderungen eintraten, in den Konzentrationslagern, an den Fronten oder im Bombenkrieg umgekommen waren. Dazu kam, dass in Deutschland - angefangen vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und das Nazi-Reich - ein tief sitzender Hass gegen den Sozialismus geschürt wurde. Die Presse, die ganze „Öffentliche Meinung“, deren Geldgeber, ja die Gleichen wie in den Jahrzehnten zuvor waren, konnten nahtlos daran anknüpfen

Ganz entscheidend für das politische Klima war damals die Tatsache, dass die Befreiung vom Faschismus ja nicht von uns selbst erreicht wurde. Es war ja nicht so, dass die Westmächte uns die Demokratie und die Sowjetunion den Bewohnern der damaligen Ostzone den Sozialismus gebracht hätten. Die Anti-Hitler-Koalition, die von den Westmächten erst widerwillig zu einem Zeitpunkt eingegangen wurde, als sich in Europa die Kriegsentwicklung zu Gunsten der Sowjetunion entwickelte, ging schon in den ersten Nachkriegsjahren in den „Kalten Krieg“ über. Wenn man die Ursache für Faschismus und Krieg im Missbrauch der Macht - vor allem der Großindustrie - sieht, und das stand sowohl im Potsdamer Abkommen wie in den ersten Erklärungen aller politischen Parteien, auch in Westdeutschland, dann wäre die erste Aufgabe gewesen, diese Macht einzuschränken oder ganz zu beseitigen. Schon am 6. Dezember 1945 hatte US-Außenminister Byrnes in seiner berühmten Rede praktisch den Beginn des „Kalten Krieges“ verkündet, in dem er das Potsdamer Abkommen infrage gestellt hat. Die sogenannte Entflechtung der Rüstungs- und Großindustrie in den drei Westzonen war in Wirklichkeit nichts anderes als die Anpassung der Konzerne an die zukünftigen Aufgaben in einer weiterentwickelten kapitalistischen Gesellschaft. Selbst die Personen wie Krupp, die anfangs ausgewechselt

wurden, haben nach wenigen Jahren wieder an der Spitze ihrer Konzerne gestanden. Krupp selbst hat sein gesamtes, größtenteils aus Rüstungsproduktion zusammengerafftes Vermögen, schon am 28. Januar 1950 zurück erhalten. Selbst die zaghaften Versuche in den einigen Landesverfassungen, die eine Bodenreform und eine Enteignung der Rüstungskonzerne vorsahen, wurden entweder von den Besatzungsmächten „außer Kraft gesetzt“ oder wurden und werden einfach ignoriert..

Nur in der Ostzone wurden die Potsdamer Beschlüsse durchgeführt, wo nach Volksabstimmungen die Bodenreform und die Enteignung der Großkonzerne durchgeführt wurden. Dort hat die Besatzungsmacht die Ausschaltung der Rüstungskonzerne und der „preußischen Junker“ unterstützt. Dass der Westen, jenseits von allen demokratischen Beteuerungen die entscheidende Rolle der Besitzverhältnisse durchaus erkannt hat, hat er beim Anschluss der DDR bewiesen. Die Bundesregierung hat zuerst die alten Besitzverhältnisse in der Großindustrie und in der Landwirtschaft wieder hergestellt, allerdings ohne Volksabstimmung.

Die US-Streitkräfte haben unmittelbar nach der raschen Auswechslung ihrer Fronttruppen nach dem 8. Mai die Sicherung der Eigentumsverhältnisse und nicht die Beseitigung der alten Nazistrukturen als ihre Aufgabe gesehen. Diese Feststellung soll nicht den Anteil der USA an der Anti-Hitler-Koalition schmälern. Das war der wesentliche Grund dafür, dass die USA, leider erfolgreich, den Abschluss eines Friedensvertrages verhindert haben, denn das hätte in jedem Fall den Abzug aller Besatzungstruppen bedeutet. Wenn wir jetzt zurück blicken, dann war es doch sicher kein Zufall, dass die US-Truppen wie selbstverständlich nach dem Abzug der Sowjet-Armee aus der DDR hier nicht abgezogen sind. Heute ist Deutschland ein wichtiges Aufmarschgebiet für die weltweite Kriegsführung der USA und macht selbst dabei noch aktiv mit.

In allen Jahrzehnten der zurückliegenden Entwicklung haben sich die USA immer unmittelbar in deutsche Entscheidungen eingemischt. Das gilt nicht nur für die Ablehnung aller Verhandlungsangebote zur Wiedervereinigung in den 50 Jahren der Existenz der DDR, sondern auch in der unmittelbaren Tagespolitik. Wer in den großen Bewegungen gegen die Aufrüstung, gegen die Atomrüstung oder in unserem Raum für die Freigabe des Panzerwaldes und gegen Nervengas dabei war, konnte dies immer wieder miterleben. Ich erinnere mich noch gut an das Verbot der „Schwäbischen Volksjugend“ 1948 wegen „politischer Betätigung“ und meine Verhaftung durch US-Soldaten. Der US-Major Rosner verlangte von mir die Herausgabe der Mitgliederlisten. (Er hat sie nicht bekommen) .

Es ist im Rahmen dieses Gesprächs natürlich nicht möglich auf die Vielzahl von Aktionen und Aktivitäten einzugehen, mit denen die Friedensbewegung in unterschiedlichen Formen gegen die Remilitarisierung eingetreten ist. Ich möchte nur einige davon hier ansprechen:

1950 wurden unter dem Stockholmer Appell gegen die Atombewaffnung weltweit 273 Millionen Unterschriften gesammelt., ab 1951 stand die Ohne-uns-Bewegung gegen die Aufrüstung im Mittelpunkt. 1955 die Paulskirchenbewegung gegen die Atomrüstung und von 1960 bis 1968 die Bewegung Kampf dem Atomtod.

Seit 1961 entwickelte sich die Ostermarschbewegung, die ein Jahre vorher in England entstanden war. Ich muss gestehen, dass auch ich anfangs Zweifel hatte, ob es etwas bringt, drei Tage von der Polizei durch die Dörfer „geleitet“ um die Städte herum zu marschieren. Aber damit war eine neue Form der Zusammenarbeit von Menschen mit ganz unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Auffassungen entstanden, die es ermöglicht hat, alles sonstigen Differenzen im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Atombewaffnung und Militarisierung zurück zu stellen. Voraussetzung war und ist, neben der menschlichen Achtung voreinander, dass jeder immer mit offenen Karten spielt. Andere Auffassungen und Motive für die Teilnahme an den Aktivitäten der Friedensbewegungen, oder unterschiedliche Weltanschauungen haben nie dazu geführt, andere Menschen aus der Friedensbewegung auszugrenzen. Dies hat es ermöglicht, dass die Ostermärsche später mit großer Resonanz durch die Städte führten. Sie war der Motor auch für viele Aktionen außerhalb der Ostertage. Ich erinnere mich noch an die wohl größte Aktion in Mannheim im Jahre 1968 nach dem Attentat auf Rudi Dutschke. Als wir durch die Innenstadt marschierten und die Kreuzung vor dem Wasserturm blockierten .Großen Eindruck machte auf die Öffentlichkeit und natürlich auf die Teilnehmer selbst, die Friedensdemonstration gegen den Nato-Doppel-Beschluss zur Stationierung von Atomraketen in Bonn, im Sommer 1982. Viele von uns erinnern sich auch an die bundesweite Demonstration 1986 in Hasselbach gegen die US-Raketen und die Aktivitäten in und um die Raketen-Stellung auf der Waldheide bei Heilbronn, die am 1. September 1988 mit dem vollständigen Abzug der Atomraketen endete.

In dieser Zeit spielte natürlich auch der Krieg der USA gegen Vietnam eine große Rolle und beherrschte die Aktivitäten der Friedensbewegung und der Ostermärsche. Ab 1964 bombardierten die USA die Städte Nord-Vietnams. Sie konnten den Vormarsch der Befreiungsbewegung trotz Einsatz von Giftgas nicht aufhalten, die am 1. Mai 1975 in Saigon einmarschierte. Bei dem großen Vietnam-Kongress in der FU in Berlin und bei der anschließenden Demonstration, die bis zum Vorabend verboten war, erlebte ich Rudi Dutschke. Diese persönlichen Eindrücke haben sicher auch dazu beigetragen, dass wir unser Verhältnis zur APO überdacht haben, deren Kampfformen in der Arbeiterbewegung doch ziemlich suspekt waren. Die Forderung nach Beendigung des Vietnam-Krieges war eigentlich die erste weltweite Friedensbewegung, die durch ihr Anwachsen auch in den USA selbst zur Beendigung des Krieges beigetragen hat. Sie hat die USA daran gehindert, mit immer neuen Waffen, u.a. auch Atomwaffen den Krieg weiter zu führen. Zusammen mit der militärischen Niederlage gab dies auch im amerikanischen

Selbstbewusstsein den Anstoß für längere Periode friedlicher Koexistenz.

Im Herbst 1983 kam der Vorschlag, in einer Menschenkette von Stuttgart bis Neu-Ulm die landesweite Ablehnung der Raketenstationierung zu demonstrieren. Ich war anfangs etwas ungläubig, ob uns dies gelingen würde. Um so tiefer beeindruckt war ich dann, als am 22.10.1983 um 12 Uhr der Hubschrauber, der die ganze Strecke abgeflogen war, bei der Abschlusskundgebung in Neu-Ulm signalisierte: Die ganze Strecke ist geschlossen, an vielen Stellen sogar in mehreren Reihen. Ich stand als einer der Schlussleute auf dem Platz vor der Kaserne, wo ich 1945 eingezogen wurde.

Es wurde immer deutlicher, dass die Entwicklung zu einem Militärstaat nur verhindert werden kann, wenn es gelingt größere Teile der Arbeiterschaft zu gewinnen. An einigen Punkten möchte ich meinen eigenen bescheidenen Beitrag zu dieser Entwicklung hier darlegen.

Seit Anfang 1957 war ich Mitglied der IG Metall in Mannheim, später Betriebsrat bei Esch & Co und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Und als Vorsitzender des Angestellten-Ausschusses des DGB Mitglied im DGB-Kreisvorstand. Diese Funktion habe ich Anfang 1969, als ich von der ersten Kreisdelegiertenkonferenz der DKP zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde, aufgegeben. Kurioses Zwischenspiel: Ich habe (für sechs Monate) den halben Tag bei der Firma Esch als Fachmann für Kirchenheizung und Orgel gearbeitet, den anderen halben Tag als Kreisvorsitzender der DKP.

Anfangs der sechziger Jahre, etwa zu Beginn der Ostermärsche, gelang es hier, wie in vielen anderen Orten, mehr Gewerkschafter für die aktive Mitarbeit in der Friedensbewegung zu gewinnen. Vor allem mit Max Jäger und Karl Feuerstein fanden die Ostermärsche, auch im DGB-Kreisvorstand, immer breitere Unterstützung, obwohl der Anti-Kommunismus in den Gewerkschaftsgremien immer noch sehr stark war.

Ich möchte dies an einem persönlichen Erlebnis deutlich machen: Auf einer Landesangestellten-Beratung der IG Metall in Esslingen stritt ich mich mit dem legendären Bezirksleiter Willi Bleicher über den jüngsten Tarifabschluss. Einige Wochen später kam Walter Spagerer, damals 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Mannheim, „zum Esch“ und schlug mir in einem Gespräch unter vier Augen vor, ich solle mich als Sekretär bei der IG Metall bewerben. Bleicher habe ihn zu diesem Gespräch beauftragt. Als ich mein Interesse bekundete, sagte ich dass ich bis zum Verbot der KPD angehört habe und auch nach dem Verbot meine Gesinnung nicht geändert hätte. Weder von Spagerer noch von Bleicher hörte ich daraufhin noch etwas.

Für und in Mannheim spielte die Bewegung gegen das im Käfertaler Wald gelagerte Nervengas über Jahre eine große Rolle. Nicht nur die Ostermärsche, sondern auch der Gemeinderat und der Bundestag beschäftigten sich damit. Nach einer Veröffentlichung im Spiegel hatte August Lo-

cherer, damals DKP-Stadtrat die Initiative ergriffen und ein Künstler von der Vogelstang hat ein eindrucksvolles Plakat geschaffen.

Ende der achtziger Jahre wuchs der Protest gegen den Missbrauch unserer Stadt als Zentrum für die Stationierung von US-Truppen. Am Ende zahlreicher Veranstaltungen und Proteste stand ein gemeinsamer Beschluss aller Parteien im Gemeinderat, der die völlige Freigabe aller militärisch genutzten Flächen der US-Armee und der Bundeswehr zur zivilen Nutzung verlangte. Allerdings wurde von den meisten Parteien zur Durchsetzung nichts getan und Mannheim zählt heute noch zu den am meisten militärisch „missbrauchten Städten“ Deutschlands. Wir wissen, dass bei der Vorbereitung und Durchführung des Kriegs gegen den Irak Mannheim eine Schlüsselrolle gespielt hat. Ich habe es besonders begrüßt, dass neben den großen Demonstrationen und Mahnwachen vor allem junge Leute aus der Friedensbewegung in zahlreichen Aktionen und mit Blockaden gegen diese Kriegspolitik protestiert haben.

Nachdem von 1945 an das vormalige Übungsgelände der Wehrmacht im Käfertaler- und Viernheimer-Wald von der US-Armee genutzt wurde, hat diese ab 1978 vor allem die Übung mit Panzern wesentlich ausgedehnt, was nicht nur zu einer weitgehenden Zerstörung des Panzerwaldes, sondern zu einer unmittelbaren Bedrohung der angrenzenden Orte in Südhessen und Mannheim geführt hat. Seither hat sich die Protestbewegung dagegen in unterschiedlicher Intensität entwickelt, wir waren selbst mehrmals bei Ostermärschen „im Wald“ und unterstützten öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wie die Blockade der Panzerstraße, Wiederaufforstung zerstörter Flächen usw. Nach und nach hat die US-Armee ihre Manövertätigkeit eingeschränkt und Teile des „Panzerwaldes“ freigegeben: zuerst den „Glockenbuckel“ und dann das große Munitions-Depot nördlich von Viernheim. Die völlige Freigabe des Geländes scheiterte am Widerspruch der Bundesregierung, die dies damit begründete, dass man dann den US-Truppen doch ein anderes Gelände anbieten müsse.

Ende der achtziger Jahre spielte vor allem im Metallbereich der Kampf um Rüstungskonversion eine große Rolle. In den meisten Metallbetrieben, aber auch den Parteien und Gewerkschaften, und bis in den Bundestag gab es Ausschüsse und Gremien, die sich damit beschäftigten. In einigen Betrieben unseres Landes gab es schon, nach Diskussionen mit den Beschäftigten, konkrete Vorstellungen wie nach und nach Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion umgestellt werden könnte. Interessant ist, dass diese Frage seit der Wende kein Thema mehr ist und die Bundesrepublik aufrüstet wie noch nie.

Ich selbst habe an einer Initiative mitgearbeitet, die sich zum Ziel gesetzt hat, in der DDR die Diskussion über diese Frage zu beleben und zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Zusammen mit Prof. Speer von der TU Dresden wandten wir uns an das Zentralkomitee der SED mit der Absicht ein Pilotprojekt zwischen dem Bezirk Dresden

und Baden-Württemberg zustande zu bringen. Wir waren dann auch sehr erfreut, die Zustimmung zu bekommen und es fand in Stuttgart im Gewerkschaftshaus eine Pressekonzferenz und eine größere Tagung mit zahlreichen Teilnehmern aus Betrieben bei Stuttgart statt. Die Organe der Volksarmee machten konkrete Angebote zur Vernichtung von Waffen, vor allem von Panzern. In Dresden wurde von der Akademie der Wissenschaften der DDR Anfang November eine Beratung vorbereitet, in deren Rahmen für den 10. November 1989 ein Besuch im NVA-Lager Charlottenhof im Kreis Görlitz vorgesehen war, wo praktische Maßnahmen durchgeführt wurden. Durch die Öffnung der Mauer ist dies dann weggefallen. Ich befürchte, dass die Panzer nicht mehr zerlegt wurden, sondern von der Bundeswehr in die Krisenherde der ganzen Welt gewinnbringend verkauft wurden.

Ein wesentlicher Antrieb für mein Jahrzehnte langes Engagement für eine friedliche und gerechtere Welt und eine wesentliche Unterstützung war mir meine Familie. Ich wollte einen Beitrag leisten um meinen Kindern und Enkeln, und nicht nur ihnen, bessere Lebensbedingungen als sie die vorherigen Generationen vorfanden, zu erstreiten.

Wenn ich auf meine politische Arbeit, vor allem für den Frieden, zurückblicke, gibt es natürlich viele Enttäuschungen, auch von uns selbst verschuldete. Das Ende der DDR und des sozialistischen Lagers hat nicht, wie von manchen optimistisch erwartet, internationale Entspannung gebracht, sondern eine neue maßlose Aufrüstung und neue Kriege mit deutscher Beteiligung. Die angebliche Friedensfähigkeit des Imperialismus hat sich als Illusion erwiesen. Aber ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass sich der Einsatz für Frieden und Abrüstung

gelohnt hat und weiter lohnt, auch wenn die wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden, die Beseitigung des Imperialismus, bis heute nicht erreicht wurde. Wir brauchen uns nur vorzustellen, wie es ohne die vielen Teilerfolge und Kämpfe bei uns in Deutschland aussehen würde.

Denken wir nur daran, dass Adenauer Ende der fünfziger Jahre ganz offen von einem Krieg gegen die Sowjetunion gesprochen hat und dass anfangs der fünfziger Jahre Franz Josef Strauß beinahe die Atombomben für die Bundeswehr erreicht hätte. Wenn es mich auch persönlich immer wieder schmerzt, dass viele Menschen heute wieder Kriege und Militär als normal ansehen, sind doch die Möglichkeiten der jeweiligen Regierungen Kriege anzufangen beschränkt und sie werden vielfach zum Lavieren und Lügen gezwungen. Dass es auf deutschem Boden 50 Jahre keinen heißen Krieg gab ist nicht nur ein Glücksfall, sondern auch ein Verdienst der vielen Tausend, ja Millionen, die in den unterschiedlichsten Formen Widerstand geleistet haben. Ich bin froh, dass es gelungen ist, unsere bitteren Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg so rüber zu bringen, dass die Friedensbewegung heute von jungen Gesichtern geprägt wird. Wir Alten werden auch weiterhin dazugehören.

V.i.S.d.P.:

Friedensplenum Mannheim in Zusammenarbeit mit dem Förderverein für Frieden, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit e.V. Mannheim

Rheinhäuser Str. 61, 68165 Mannheim (Friedensbüro)

Kontakte über: Gaby Weiland ☎ 79 35 25, Thomas Trüper ☎ 30 66 827, Mathias Kohler ☎ 85 32 72

Internetadresse: www.frieden-mannheim.de **Emailadresse:** Friedensplenum.Mannheim@gmx.de

